

01.08.2009 / Thema / Seite 10

Neue Netzwerke

Analyse. Europas extreme Rechte auf dem Vormarsch (Teil I)

Carsten Hübner

Die Europawahlen Anfang Juni 2009 haben dem rechten Lager in vielen Ländern deutliche Stimmenzuwächse beschert. Die ungarischen Rechtsextremisten von Jobbik brachten es aus dem Stand auf 14,8 Prozent. In den Niederlanden kam die Partij voor de Vrijheid (PVV) des Rechtspopulisten Geert Wilders sogar auf 17 Prozent und wurde damit zur zweitstärksten Kraft hinter den Christdemokraten. Selbst die noch vor wenigen Jahren von Beobachtern abgeschriebene neofaschistische British National Party (BNP) erzielte rund sechs Prozent und entsendet nun erstmals in ihrer über fünfundzwanzigjährigen Geschichte zwei Parlamentarier nach Brüssel.

Insgesamt 55 Abgeordnete und damit 7,5 Prozent des neugewählten Europaparlaments sind klar dem nationalistischen und rechtsextremen Spektrum zuzurechnen. Weitere 44 Sitze fielen an rechtskonservative Parteien wie die polnische Recht und Gerechtigkeit (PiS), die tschechische Demokratische Bürgerpartei (ODS) oder den ungarischen Fidesz, womit der Anteil des rechten Lagers zusammen bei 13,5 Prozent liegt; damit fiel mehr als jedes achte Mandat an eine Rechtspartei.

Berücksichtigt man darüber hinaus den Umstand, daß Rechtsparteien überhaupt nur in 16 der 27 EU-Mitgliedsstaaten das Quorum für ein oder mehrere Mandate erfüllen konnten, wird der Rechtstrend in Teilen Europas noch deutlicher. Denn bezogen auf die 505 Parlamentssitze dieser Ländergruppe liegt der Anteil des nationalistischen und rechtsextremen Spektrums sogar bei 10,1 Prozent. Weitere 8,5 Prozent sind den Ultrakonservativen zuzurechnen. Zusammengenommen ging hier nahezu jedes fünfte Mandat an ausgewiesene Rechtsparteien.

So kamen der Fidesz und Jobbik in Ungarn auf 71,2 Prozent. Im Vereinigten Königreich lagen die BNP, die nationalistische United Kingdom Independence Party (UKIP) und die nordirischen Loyalisten der Democratic Unionist Party (DUP) insgesamt bei 22,6 Prozent. In Polen wiederum holte die PiS der Gebrüder Kaczynski im Alleingang 27,4 Prozent. Bei der Europawahl 2004 hatte sie bei 12,7 Prozent gelegen. Die rechtsextreme Liga Polnischer Familien (LPR), die vor fünf Jahren noch 16 Prozent erreichte, ist hingegen nicht mehr im Europaparlament vertreten. Tschechiens rechtskonservative ODS verbesserte sich leicht auf 31,5 Prozent.

In weiteren Ländern scheiterte eine zweite oder dritte Rechtspartei nur knapp an der jeweils geltenden Prozent-Hürde. Etwa in Österreich, wo das im Jahre 2005 von Jörg Haider aus der Taufe gehobene Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) wider Erwarten den Einzug in das Europaparlament verpaßte. Mit 4,7 Prozent lag die Partei mit ihrem Spitzenkandidaten Ewald Stadler deutlich unter dem Ergebnis der Nationalratswahl vom September 2008, als sie noch auf 10,7 Prozent kam. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hingegen konnte sich zumindest im Vergleich zur Europawahl 2004 deutlich auf 12,7 Prozent verbessern und ist künftig mit zwei statt bisher einem Angeordneten vertreten.

Auch in Bulgarien, wo die Partei Ataka des Antisemiten Volen Siderov auf zwölf Prozent und die rechtskonservative Blaue Koalition (SDS-DSB) auf rund acht Prozent kamen, verfehlten die Nationalisten der Partei Recht, Gesetz und Gerechtigkeit (RZS) mit 4,7 Prozent einen Sitz in Brüssel. Ebenso erging es der belgischen Front National (FN-B), die landesweit etwas mehr als 1,3 Prozent erreichte, während die flämischen Nationalisten des Vlaams Belang (VB) 9,9 Prozent (zwei Sitze) und die rechtspopulistische

Liste Dedecker (LDD) immerhin noch 4,5 Prozent (ein Sitz) einführen.

Verluste bei der Front National und dem Vlaams Belang

Im Gegensatz zu den meisten Rechtsparteien mußte vor allem die französische Front National (FN) empfindliche Stimmeneinbußen hinnehmen. Die seit mehreren Jahren von Personalquerelen um die Nachfolge von Jean-Marie Le Pen und damit verbundenen Richtungsstreitigkeiten erschütterte Partei fiel von 9,8 Prozent (2004) auf 6,3 Prozent, was nur noch für drei statt bisher sieben Abgeordnete reicht. Die bisher für sich in Anspruch genommene Führungsrolle im offen rechtsextremen Spektrum des Europaparlaments wird sie vor diesem Hintergrund nur schwerlich halten können.

Einen Dämpfer erhielt auch der Vlaams Belang. Zwar blieb der Anteil der Rechtswähler im flämischen Teil Belgiens konstant und lag landesweit wie schon 2004 bei rund 14 Prozent. Doch die rechtspopulistische Konkurrenz der Liste Dedecker nahm den Völkischen davon rund 4,5 Prozent ab, was sie eines ihrer vormals drei Mandate kostete.

DVU und REP spielen keine Rolle

Die beiden deutschen Rechtsparteien Deutsche Volksunion (DVU) und Die Republikaner (REP) blieben bei der Europawahl bedeutungslos. Die DVU erreichte mit 0,4 Prozent nicht einmal die für die Parteienfinanzierung neuralgische Schwelle von 0,5 Prozent. Ihr bestes Ergebnis erzielte die Partei in Brandenburg mit 1,7 Prozent, gefolgt von Sachsen (1,1 Prozent) sowie Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils einem Prozent. Die DVU, deren neues Führungstrio Matthias Faust, Andreas Molau (beide Ex-NPD) und Patrik Brinkmann (Kontinent Europa Stiftung) einen Modernisierungskurs angekündigt hatte und die seither den Zusatz »Die Neue Rechte« führt, will im Herbst dieses Jahres zum dritten Mal in Folge in den Landtag von Brandenburg einziehen. Die dortige Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth kandidierte als Spitzenkandidatin zur Europawahl.

Als Reaktion auf das Wahldebakel der DVU kündigte die NPD den zwischen beiden Parteien im Jahre 2005 geschlossenen »Deutschlandpakt« auf, der Konkurrenz kandidaturen verhindern sollte. Nur wenig später folgte die Ankündigung, ebenfalls zur Landtagswahl am 27. September 2009 in Brandenburg antreten zu wollen. Im Gegenzug kandidiert nun auch die DVU bei der eigentlich der NPD zugesprochenen Bundestagswahl.

Die REP schnitten mit bundesweit 1,3 Prozent nur wenig besser ab als die rechte Konkurrenz, obwohl ihre Kampagnenseite im Internet unter der Adresse www.uschi-rettet-europa.de große Ambitionen erkennen ließ. Das zentrale Motto des Wahlkampfes lautete »Raus aus dieser EU!«. Spitzenkandidatin war das geschäftsführende Bundesvorstandsmitglied Ursula Winkelsett, die nach der Wahl allerdings einräumen mußte: »Das Ergebnis ist unter unseren Erwartungen geblieben. Es ist uns nicht gelungen, in ausreichendem Maße Nichtwähler zu erreichen, die von den sogenannten Volksparteien enttäuscht sind.« Dennoch »haben wir unser Minimalziel erreicht und uns gegenüber anderen »sonstigen Parteien« klar behauptet«, so Winkelsett weiter. Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten die REP in Sachsen (2,6 Prozent), Thüringen (2,2 Prozent), Rheinland-Pfalz (2,0 Prozent), Baden-Württemberg (1,9 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (1,4 Prozent). Bei der Europawahl im Juni 1989 war es den REP als bisher einziger rechtsextremer Partei seit Bestehen der Bundesrepublik gelungen, bei einer bundesweiten Wahl die Fünfprozenthürde zu überwinden. Damals zogen sie unter Franz Schönhuber mit 7,1 Prozent und sechs Abgeordneten ins Europaparlament ein.

Weiteren europäischen Rechtsparteien gelingt der Parlamentseinzug nicht

Neben DVU und REP verpaßten mehrere andere europäische Rechtsparteien den Einzug in das Europaparlament. So scheiterten die luxemburgischen Rechtspopulisten der Alternativ Demokratisches Reformpartei (ADR) mit beachtlichen 7,4 Prozent – was allerdings nicht für einen der nur sechs Sitze Luxemburgs reichte. Die nationalistischen Schwedendemokraten (SD) konnten ihr Ergebnis von 2004 sogar auf 3,3 Prozent verdreifachen. Im Süden des Landes erreichten sie zum Teil Ergebnisse von bis zu zehn Prozent, bleiben aber ebenfalls ohne Mandat. Im Gegensatz dazu verlor die Slowenische Nationale Partei (SNS) gegenüber der Europawahl 2004 mit 2,1 Prozent fast die Hälfte ihres Stimmenanteils und

kommt nur noch auf 2,9 Prozent, was wiederum nicht für ein Mandat reichte. Die italienischen Neofaschisten der Forza Nuova (FN), die gemeinsam mit der NPD und anderen neonazistischen Parteien in der Europäischen Nationalen Front (ENF) zusammengeschlossen sind, kamen auf ganze 0,47 Prozent.

Bisherige Rechtsfraktionen im EU-Parlament haben keinen Bestand

Bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode hat es im Europaparlament zwei, zeitweise sogar drei Rechtsfraktionen bzw. Fraktionen mit rechter Beteiligung gegeben. Neben dem offen rechtsextremen Zusammenschluß Identität, Tradition, Souveränität (ITS), der allerdings nur von Januar bis November 2007 Bestand hatte, waren dies die Union für ein Europa der Nationen (UEN) und die Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie (IND/DEM). Im Gegensatz zur ITS waren sowohl die UEN als auch IND/DEM voll in die Arbeit des Parlaments integriert, was weniger manifesten ideologischen Unterschieden zur ITS geschuldet war als dem Umstand, daß ihre Mitgliedsparteien aktuell oder in der Vergangenheit bereits in nationale Mitte-Rechts-Regierungen eingebunden waren oder diese zumindest geduldet haben, sie also als Teil des politischen Establishments angesehen werden.

Aufgrund der Anhebung des Quorums zur Gründung einer Fraktion von bisher 20 auf nunmehr 25 Abgeordnete aus sieben statt bisher sechs Ländern, dem Ausscheiden mehrerer Mitgliedsparteien und einer Umgruppierung im rechten Lager konnte jedoch keine dieser beiden Fraktionen fortgeführt werden. Statt dessen haben sich nationalkonservative Parteien der UEN mit Rechtsabweichlern der christdemokratischen Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) und Parlamentsneulingen zur Gruppierung Europäische Konservative und Reformisten (ECR) zusammengeschlossen.

Die Fraktion Europäische Konservative und Reformisten

Die am 22. Juni 2009 offiziell gegründete ECR geht auf die Initiative der britischen Konservativen zurück, deren Parteichef David Cameron bereits 2006 angekündigt hatte, die EVP aufgrund ihres Pro-EU-Kurses nach der Europawahl 2009 verlassen zu wollen. Als das Vorhaben schließlich konkrete Züge annahm, schloß sich den Tories auch die nationalkonservative tschechische ODS an und trat Anfang des Jahres aus der EVP aus. Die dritte große Mitgliedspartei der mit insgesamt 55 Parlamentariern viertstärksten Fraktion des Parlaments ist die polnische PiS, die, wie der Einzelabgeordnete der lettischen Partei Vaterland und Freiheit (TB/LNNK), bisher der UEN angehörte. Ebenfalls dem rechten Lager zuzurechnen sind die zwei Abgeordneten der christlich-fundamentalistischen ChristenUnie aus den Niederlanden, bisher IND/DEM, und der neu im Parlament vertretenen Liste Dedecker aus Belgien.

Nicht eindeutig aus diesem Spektrum stammen zwei weitere ECR-Mitgliedsparteien mit jeweils einem Sitz: die Wahlaktion der Polen Litauens (LLRA) und das konservativ-liberale Ungarische Demokratische Forum (MDF).

Das besondere Potential der ECR ergibt sich nicht nur aus dem Umstand, daß erstmals in der Geschichte des Europaparlaments traditionsreiche konservative Parteien aus der EVP ausgeschieden und ein explizit rechtskonservatives und europakritisches neues Projekt konstituiert haben, sondern vor allem daraus, daß diese Parteien gute Chancen haben, in absehbarer Zeit die nationalen Regierungen von drei großen EU-Staaten zu führen.

Die Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie

Die zweite Fraktionsgründung am rechten Rand firmiert unter den Namen Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD). Sie hat gegenwärtig 32 Abgeordnete, die alle dem nationalistischen und extrem rechten Spektrum angehören. Mit Ausnahme der Parlamentsneulinge der Wahren Finnen (PS) und der Slowakischen Nationalpartei (SNS) waren ihre Mitgliedsparteien zuvor in der UEN oder bei IND/DEM organisiert. Die stärkste Delegation stellt die nationalistische United Kingdom Independence Party mit 13 Abgeordneten, gefolgt von der Lega Nord mit neun Mandaten. Ebenfalls der EFD angeschlossen haben sich die neofaschistische Partei LAOS aus Griechenland, der Abgeordnete der christlich-fundamentalistischen Staatskundig Gereformeerde Partij (SGP) aus den Niederlanden und jeweils zwei Parlamentarier der Dänischen Volkspartei (DF) und der litauischen Partei Ordnung und Gerechtigkeit (TT). Ein weiterer Einzelabgeordneter gehört dem nationalkonservativen Mouvement pour la France

(MPF) an.

Auch die FPÖ war um Aufnahme in die EFD bemüht, scheiterte aber am Widerstand mehrerer Mitgliedsparteien, die um ihren Ruf fürchteten. Bereits Anfang des Jahres hatte sie versucht, sich auf einem Treffen europäischer Rechtsparteien in Wien den Weg in eine der etablierten Rechtsfraktionen zu ebnen. Zu dieser Zeit waren die Signale seitens der Lega Nord und der Dänischen Volkspartei durchaus positiv gewesen, innerhalb der UEN ein gutes Wort für die Österreicher einzulegen. Es ist deshalb anzunehmen, daß sich von den EFD-Parteien vor allem die britische UKIP gesperrt hat. Auch die SGP soll eine Zusammenarbeit mit der FPÖ verweigert haben.

Die EVP-Fraktion und die extreme Rechte

Nationalkonservative Parteien und Parteien, die offen mit der extremen Rechten kooperieren, finden sich aber nicht nur in den zwei Rechtsfraktionen ERC und EFD, sondern auch in der christdemokratischen EVP-Fraktion. Die legt zwar großen Wert darauf, sich nach rechts abzugrenzen, nimmt es bei den eigenen Mitgliedsparteien aber offensichtlich nicht allzu genau. So vertritt der ungarische Fidesz nicht nur ausgewiesene nationalkonservative Positionen und griff gegenüber den regierenden Sozialisten in Ungarn wiederholt zur Bürgerkriegsrhetorik. Auch seine fehlende Distanz zu den Neofaschisten von Jobbik und deren Miliz, der inzwischen verbotenen Ungarischen Garde, sorgte in der Vergangenheit immer wieder für Aufsehen. Dennoch arbeiten beide Parteien in einigen Regionen des Landes weiterhin zusammen.

Ähnlich verhält es sich mit Silvio Berlusconi's neuer Partei Volk der Freiheit (PdL), die nicht nur gemeinsam mit der Lega Nord die Regierung stellt - und im Zuge dessen neofaschistische Schlägertrupps als Bürgerwehren legalisiert und eine menschenverachtende Flüchtlingspolitik zu verantworten hat. Schon die Gründung der PdL wirft erhebliche Fragen auf. Denn neben Berlusconi's Forza Italia (FI) und der angeblich demokratisch gewandelten postfaschistischen Alleanza Nazionale (AN) von Gianfranco Fini waren daran auch die bekennenden Neofaschisten der Azione Sociale von Alessandra Mussolini beteiligt. Die Duce-Enkelin, die als Europaabgeordnete Anfang 2007 noch die offen rechtsextreme ITS-Fraktion mit aus der Taufe gehoben und diese im November desselben Jahres mit rumänienfeindlichen Äußerungen wieder zur Implosion gebracht hatte, sitzt heute für das PdL im italienischen Parlament.

Ebensowenig Berührungspunkte zeigen die finnischen Christdemokraten (KD), denen der Einzug ins Europaparlament nur dank einer gemeinsamen Liste mit den rechtsextremen Wahren Finnen (PS) gelang. Danach trennten sich die Wege wieder. Den Abgeordneten der PS verschlug es in die Rechtsfraktion EFD, sein Kollege der KD gehört ganz selbstverständlich der EVP an.

Sogar auf drei Europafractionen verteilt sich die rechtsliberale dänische Regierung, wenn man die rassistische Dänische Volkspartei (DF) mal hinzuzählt, die die Mitte-Rechts-Koalition bereits seit 2001 toleriert. Während die DF traditionell der UEN angehörte und sich nun der EFD angeschlossen hat, ist die nationalliberale Partei von Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen Mitglied der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und ihr kleiner Koalitionspartner, die Konservative Volkspartei, wiederum Teil der EVP.

Und erst am 27. Juli konstituierte sich in Bulgarien eine weitere konservative Regierung, die auf eine Duldung von rechts baut. Bojko Borissov, dessen Partei GERB ebenfalls Mitglied der EVP ist und die absolute Parlamentsmehrheit bei den nationalen Parlamentswahlen am 4. Juli mit knapp 40 Prozent um fünf Sitze verfehlte, steht künftig einer Minderheitsregierung vor. Als verlässlichster Partner bot sich dabei die rechtsextreme Partei Ataka des Antisemiten Volen Siderov an, die beim jüngsten Urnengang auf 9,4 Prozent der Stimmen kam und seither 21 Parlamentssitze hält. Als einzige Parlamentsfraktion trägt sie vorbehaltlos ein von Borissov unterbreitetes Memorandum mit und sicherte ihm ihre »feste, kategorische und prinzipielle Unterstützung« zu. Die beiden anderen Rechtsformationen, die Blaue Koalition, ebenfalls Mitglied der EVP, und die Partei Recht, Ordnung und Gerechtigkeit (RZS), verweigerten hingegen ihre Unterschrift, stehen einer Zusammenarbeit mit Borissov grundsätzlich aber

aufgeschlossen gegenüber. Insgesamt hatte das rechte Lager Anfang Juli rund 60 Prozent der Stimmen auf sich vereint.

Fraktionsbildung des offen rechtsextremen Spektrum gescheitert

Das bisherige ITS-Spektrum, also die Gruppe der offen rechtsextremen Parteien, ist voraussichtlich nicht in der Lage, in dieser Legislaturperiode eine eigene Fraktion ins Leben zu rufen. Ohne Fraktionsbindung sind derzeit die Abgeordneten der FPÖ (2), des Vlaams Belang (2), der Front National (3), von Ataka (2) und der Großrumänienpartei (3). Dazu kommen die grundsätzlich kooperationsbereiten Parlamentsneulinge von Jobbik (3), der British National Party (2) sowie ein Abgeordneter der nordirischen Loyalisten von der Democratic Unionist Party (DUP). Zusammen sind dies 20 Abgeordnete, was für eine Fraktionsbildung nicht reicht. Bisher grundsätzlich nicht an einer Zusammenarbeit interessiert ist Geert Wilders' Partij voor de Vrijheid, die weitere vier Sitze hält.

Doch auch ohne eine solche Fraktion steht zu befürchten, daß im Europaparlament künftig verstärkt rechte Töne angeschlagen werden. Ein zentrales Thema der nächsten Monate dürfte die Flüchtlingspolitik im Mittelmeerraum sein. Dann wird sich zeigen, was die Abgrenzungsbeschlüsse der EVP wert sind oder ob nicht doch eine Mehrheit rechts der Mitte gesucht wird, um die Bedingungen für Zuwanderer weiter verschärfen zu können. Auf nationaler Ebene haben sich Parteien wie die Lega Nord oder die Dänische Volkspartei jedenfalls längst als erfolgreiche Einpeitscher bewiesen.

- Carsten Hübner befaßt sich seit mehr als zwanzig Jahren mit der extremen Rechten. Er betreibt das Watchblog www.eurorex.info, das über das rechtsextreme Spektrum in Europa und seine Netzwerke berichtet